

In Kürze

LUZERN

Hohe Polizisten entmachtet

Der Luzerner Polizeikommandant Adi Achermann und Kripochef Daniel Bussmann dürfen vorläufig keine heiklen Einsätze mehr leiten. Diese Einschränkung ist eine Konsequenz eines Polizeieinsatzes in Malters vom März. Eine 65-Jährige hatte sich 17 Stunden in einer Wohnung verschanzt und sich mit Waffengewalt gegen die Aushebung einer Hanfanlage ihres Sohnes gewehrt. Die Polizei stürmte die Wohnung. Sie fand die Frau leblos im Badezimmer vor. Sie hatte sich selbst erschossen. *sda*

POST

Briefträger lesen Stromzähler ab

Konfrontiert mit sinkenden Briefvolumen sucht die Post neue Aufgaben für ihre Boten. Künftig können Briefzustellerinnen und -zusteller auch Strom-, Wasser- und Gaszähler ablesen. Die Post ist dazu eine Kooperation mit dem IT-Dienstleister Avectris eingegangen, der eine Ableser-App entwickelt hat. Ab Oktober übernimmt die Post einen ersten Auftrag zur Ablesung der Stromzähler für die Elektrizitätswerke des Kantons Schaffhausen. Weitere regionale Versorger sollen folgen. *ju*

SRF

Verschwundet vom Schirm: «Zambo»

Das SRF-Kinderprogramm «Zambo» wird ab Ende Oktober nur noch online und im Radio gesendet, wie SRF mitteilt. «Zambo» tritt den Sendeplatz am späteren Nachmittag an Romanzen und deutsche Serien ab. «Zambo» hat einen durchschnittlichen Marktanteil von 2,8 Prozent, also 9000 Zuschauern. Diese haben für ein Kinderprogramm den hohen Altersschnitt von 53 Jahren. Das Onlineangebot von «Zambo» soll die Bedürfnisse von Familien besser bedienen. *sda*

BETREIBUNG

Ständerat erhöht den Schutz

Wer ungerechtfertigt betrieben wird, soll dafür sorgen können, dass Dritte nicht von der Betreuung erfahren. Das hat der Ständerat entschieden. Er wählte ein aus seiner Sicht einfacheres Modell als der Nationalrat. Betreibungen, gegen die sich die betriebene Person mit einem Rechtsvorschlag wehrt, sollen auf Gesuch nicht mehr im Auszug erscheinen. Ein Gesuch auf Löschung kann nach Ablauf einer Frist gestellt werden – sofern der Gläubiger keine Anstalten gemacht hat, den Rechtsvorschlag beseitigen zu lassen. *sda*

KINDERBETREUUNG

Bundesrat will Abzüge erhöhen

Der Bundesrat will die Steuerabzüge für externe Kinderbetreuung erhöhen. Das kündigte Finanzminister Ueli Maurer im Nationalrat an. Der Bundesrat werde eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung schicken. Maurer äusserte sich im Rahmen der Beratungen zu einer Motion, die der Nationalrat ablehnt. Fathi Derder (FDP/VD) forderte, dass der maximale Steuerabzug für Fremdbetreuung von 10 000 Franken auf 24 000 Franken pro Kind erhöht wird. Die Befürworter argumentieren, so werde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert. *sda*

BAHN ABBAU VON 1400 STELLEN

Die SBB ziehen die Notbremse



Mit einem umfassenden Sparprogramm wollen sich die SBB für die Zukunft fit trimmen. So hofft die Bahn, gegenüber Mitbewerbern wie etwa Fernbussen konkurrenzfähig zu bleiben.

Die SBB wollen ihre Kosten um 1,2 Milliarden Franken pro Jahr reduzieren. Dazu bauen sie unter anderem 1400 von 33 200 Stellen ab. Ironie dabei: CEO Andreas Meyer hatte zuvor zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Ankündigung der SBB birgt Zündstoff: 1400 Stellen will die Bahn bis 2020 streichen. Diese Massnahme ist Teil eines umfassenden Sparprogramms namens «Railfit20/30». Das Ziel sei es, für Kunden, Bund und Kantone bezahlbar sowie gegenüber Fernbussen und in näherer Zukunft auch gegenüber selbstfahrenden Autos konkurrenzfähig zu bleiben, sagte CEO Andreas Meyer an der gestrigen Medienkonferenz.

«Wir können es uns nicht mehr leisten, die Billettpreise jedes Jahr kontinuierlich zu erhöhen», betonte er. Das Sparprogramm solle dafür sorgen, dass die Tarife möglichst stabil bleiben würden – oder längerfristig sogar sanken.

Gewerkschaften entsetzt

Entlassungen sind keine vorgesehen. Die SBB zählen heute rund 33 200 Mitarbeiter. Das bedeutet,

dass bei einer natürlichen Fluktuation von 5 Prozent gut 1660 Personen pro Jahr das Unternehmen verlassen. Daran gemessen fällt der Abbau moderat aus. Aber für einen Bundesbetrieb ist der Einschnitt ungewöhnlich.

Die Personalvertreter schrien gestern entsprechend Zeter und Mordio. Die Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV wies das Sparprogramm als «völlig verfehlt» zurück. Es handle sich um ein reines Abbauprogramm, kritisierte sie. Besonders bedenklich sei, dass die SBB auch bei den Schwächsten sparen würden: Sie hat die Vereinbarung mit der Pensionskasse zur Berufsunfähigkeit gekündigt. «Es wird zweifellos zu Widerstand kommen», betonte SEV-Vizepräsident Manuel Avallone. Der Personalverband Transfair befürchtet, dass mit dem Sparprogramm «personelle

Engpässe und Wissensverluste» entstehen könnten.

Verwaltung stark betroffen

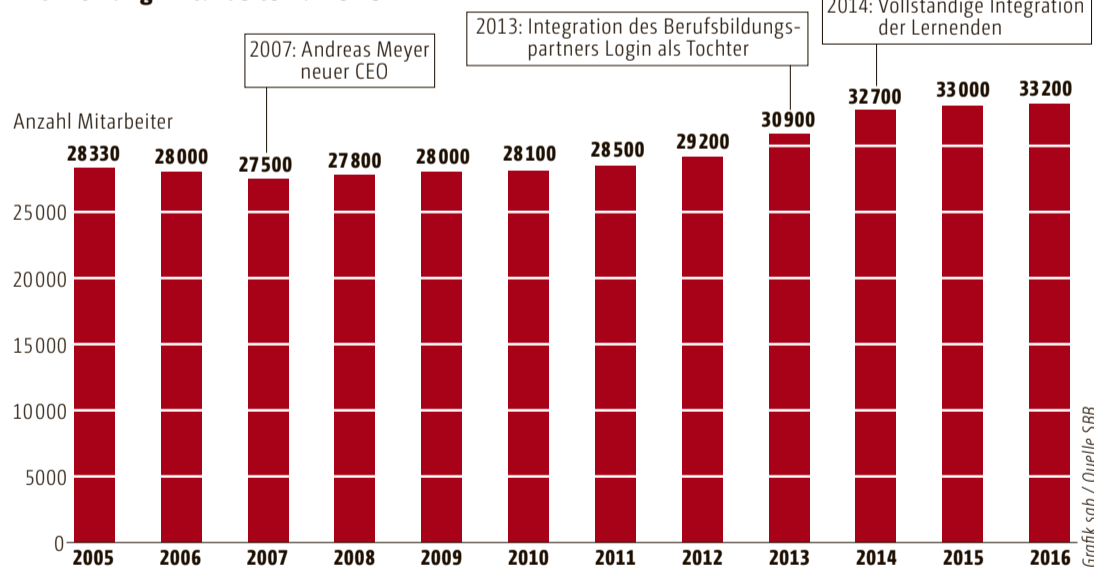
Der grösste Teil der Stellen fällt in der Administration und auf Führungsebene weg. Dort werden

500 Arbeitsplätze gestrichen. Sie befinden sich vor allem in Bern, Zürich und Olten. Ausgerechnet im Bereich Verwaltung hatte der SBB-Chef seit seinem Amtsantritt 2007 zahlreiche neue Stellen geschaffen. Insgesamt kamen

unter ihm 5600 Arbeitsplätze hinzu. Dies liegt allerdings unter anderem daran, dass die Lernenden vollständig integriert wurden. Das zusätzliche Personal in der Verwaltung sei nötig gewesen für die Professionalisierung, fand

STARKES WACHSTUM

Entwicklung Mitarbeiterzahlen SBB



Spielraum für Kantone

STEUERSÜNDER Der Nationalrat erlaubt Kantonen, Steueramnestien durchzuführen. Das Bundesgericht stoppt einst diese Praxis.

Kantone sollen eine einmalige Steueramnestie durchführen und dabei Ermässigungen bei den Nachsteuern gewähren dürfen. Der Nationalrat hat eine Motion seiner Wirtschaftskommission mit dieser Forderung angenommen – gegen den Widerstand des Bundesrates. Die Kommission entschied sich für die Motion, nachdem zwei parlamentarische Initiativen zur Regularisierung von Schwarzgeld zurückgezogen worden waren. Hintergrund des Anliegens ist ein Bundesgerichts-

entscheid zu einer Steueramnestie im Kanton Tessin. Seither können die Kantone keine Steueramnestien mehr gewähren. Das soll sich nun ändern. Amnestien ermöglichten eine Erhöhung der Steuereinnahmen, argumentierte Martin Landolt (BDP, GL) im Namen der Kommission. Auch seien sie im Hinblick auf die Einführung des automatischen Informationsaustauschs gerechtfertigt.

Dies überzeugte den Nationalrat. Die Kantone sollen selber entscheiden können, ob sie eine Steueramnestie gewähren. Der Rat stimmte gestern mit 105 zu 79 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Motion zu. Diese geht nun an den Ständerat. Sagt auch er Ja, muss

der Bundesrat einen Gesetzesentwurf ausarbeiten.

Die Ratslinie warnte vergeblich, solche Massnahmen hohlten die Steuermoral aus und seien eine Einladung zur Steuerhinterziehung. «Die ehrlichen Steuerzahler sind die Dummen», sagte Prisca Birrer-Heimo (SP, LU). Der Bundesrat lehnt die Motion ebenfalls ab. Er sieht keinen Handlungsbedarf. Seit 2010 bestche auf Bundes- und Kantons-ebene die Möglichkeit der strafflosen Selbstanzeige, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Danach können Steuerpflichtige einmal im Leben ihre bisher nicht deklarierten Einkommen und Vermögen offenlegen, ohne bestraft zu werden. *sda*

Trauzeugen bleiben

ZIVILE HEIRAT Der Ständerat pfeift den Nationalrat zurück: Trauzeugen bleiben obligatorisch. Die veraltete Wartefrist hingegen wird abgeschafft.

Wer in der Schweiz zivil heiratet, muss weiterhin zwei Trauzeugen oder -zeuginnen auf das Standesamt mitnehmen. Während der Nationalrat das Trauzeugenobligatorium abschaffen wollte, will der Ständerat es behalten. Er lehnte den entsprechenden Vorstoss ab. Die kleine Kammer behandelte gestern eine Motion von Ständerat Andrea Caroni (FDP, AR) mit dem Titel «Unbürokratisches Jawort». Diese enthielt zwei Punkte: die Abschaffung der Pflicht, mit Trauzeugen zu heiraten, und die Abschaffung der

Wartefrist von zehn Tagen nach dem Ende des Ehevorbereitungsverfahrens.

Der Nationalrat hatte dem Vorstoss mit 98 zu 86 Stimmen zugestimmt. Der Ständerat folgte ihm nun aber nur bei der Abschaffung der Wartefrist. Diese sei im Verkündungsverfahren begründet, das 2000 abgeschafft worden sei, sagte Caroni namens der Rechtskommission. Auch im Partnerschaftsgesetz gebe es keine solche Frist. Ganz anders beurteilte der Rat die Frage der Trauzeugen: Vor allem bürgerliche Ständeräte wollten sie beibehalten und den betreffenden Punkt der zweiteiligen Motion ablehnen. Sie unterstützten einen Antrag von Beat Rieder (CVP, VS) mit 25 zu 15 Stimmen. *sda*